

6. Begrenzte Energiesteigerung – Theorie und Realität!

Wir beobachten, dass in die politische Gestaltung im Wohnungsbau und die Energiepolitik, die durch das GEG 2018 weitergeführt wird, im Widerspruch zueinander stehen. Nach wie vor ist der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern populär und wird durch die Flächennutzungspläne der Gemeinden, durch die Bauförderung und durch Steuerpolitik, wie zum Beispiel die Kilometerpauschale oder das neue Baukindergeld, unterstützt.

Die Siedlungspolitik der Regierungen der letzten siebenzig Jahre hat dazu beigetragen, dass der Flächenverbrauch und die Zersiedelung angestiegen sind. Immer mehr Menschen leben in kleineren Orten ohne befriedigende Infrastruktur. Die Entfernungen zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und den Erledigungen des täglichen Lebens, etwa Arzt- oder Behördengänge sind mit dem Überwinden von Entfernungen verbunden. Das Auto wird immer wichtiger, da der öffentliche Personen-Nahverkehr weder alle Bedürfnisse abbilden, noch befriedigen kann. In strukturschwachen Gebieten sind Orte komplett vom ÖPNV abgeschnitten. Diese Lebensweise benötigt viel Energie und unser Hunger danach weist sich durch steigende Verbräuche und daraus resultierende Emissionen, sprich Umweltbelastungen, aus. Durch die Siedlungspolitik wird also der Energieverbrauch gesteigert.

Dem gegenüber stehen die Regelungen des GEG2018, das den Energiebedarf senken soll. Mittlerweile haben unsere gesetzlichen Regelungen zu einem sehr hohen Effizienzgrad in Neubauten geführt. Doch Neubauten mit einem Alter von weniger als zwanzig Jahren machen weniger als zwanzig Prozent aller Gebäude in Deutschland aus. Der Großteil der Gebäude befindet sich also auf einem energetisch unbefriedigenden Niveau. Durch die Neubauregelungen entstehen zweifelsfrei hocheffiziente Gebäude. Die Standards für Neubauten werden regelmäßig angehoben, so dass inzwischen die Wirtschaftlichkeit weiterer Effizienzsteigerungen unter Umständen zweifelhaft erscheint, um es neutral zu formulieren. Aus der Autoindustrie ist die 80:20-Regel bekannt, die besagt, dass achtzig Prozent des besten Ergebnisses mit zwanzig Prozent des notwendigen Aufwandes erzielt werden können. Für die restlichen zwanzig Prozent Wirkung müssen dann achtzig Prozent Aufwand betrieben werden.

Um weitere Emissionen einsparen zu können, ist es notwendig, Wohn- und Lebensformen zu fördern und zu etablieren, die es uns erlauben, unseren Energiebedarf zu senken. Dezentralisierung von Versorgung (Nahwärmenetze), neue Organisationsformen von Arbeit, die mit verringerter Mobilität auskommen und kompaktere Wohnformen (Mehrfamilienhäuser) sind die verbliebenen realistischen Stellschrauben, an denen wir noch drehen können.

Mit anderen Worten: auch Effizienzsteigerung ist begrenzt.

Siedlungs- und Energiepolitik gehen also in unterschiedliche Richtungen. Wir wünschen uns eine Politik, die ein schlüssiges Gesamtkonzept erarbeitet, in dem sowohl die zwingende Notwendigkeit, die CO²-Emissionen zu senken, wie auch die Bedürfnisse der Menschen nach bezahlbarem, qualitativem Wohnraum mit Anbindung an auskömmliche Versorgung (Arzt/Einkaufen/ÖPNV/Freizeit) berücksichtigt.